

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marion Schneid (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Fördergelder aus dem Goldenen Plan

Die **Kleine Anfrage 250** vom 2. September 2011 hat folgenden Wortlaut:

Der Erhalt eigener Sportanlagen fällt den Vereinen immer schwerer. Bisher erhielt ein nach Prioritätenliste ausgewählter Ludwigs-hafener Verein pro Jahr für ein notwendiges Projekt wie z. B. die Sanierung von Vereinsgebäuden oder die Errichtung eines Kunstrasenplatzes Hilfe in Form von Zuschüssen in Höhe von 40 % über den Landesförderungsplan. Seit zwei Jahren wird diese Förderung von der ADD nicht mehr genehmigt bzw. ausgesetzt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele und welche Vereinsprojekte können mit Fördergeldern aus dem Goldenen Plan 2011 realisiert werden?
2. Wie hoch sind die einzelnen Fördersummen und die sich daraus ergebende Gesamtsumme der Fördermaßnahmen?
3. Welche Richtlinien gibt es bei der Vergabe der Mittel?
4. Trifft es zu, dass die beteiligten Ministerien der Auffassung sind, dass der Bau von Kunstrasenplätzen nicht genehmigungsfähig ist, da diese Vorhaben, verbunden mit Investitionskrediten, nicht von überragender Bedeutung für die Gesamtentwicklung der Stadt sind?
5. Wie geht man damit um, dass Vereine ihre Vereinstätigkeit aufgeben müssen, weil sie die Sanierung des Tennenplatzes bzw. den Bau eines Kunstrasenplatzes nicht schultern können und mögliche Zuschüsse aus dem Goldenen Plan nicht gewährt werden?
6. Wie hoch ist der Gesamtzuschuss für Großprojekte im Bereich Sport bzw. für Profi-Vereine im Vergleich zur Gesamtförderung der Amateur-Sportvereine der Kreise und Kommunen (in absoluten und prozentualen Zahlen)?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. September 2011 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Der Goldene Plan war ein Programm aller staatlichen Ebenen zum planmäßigen Abbau des Sportstättenmangels in der Bundesrepublik Deutschland. Mit der 1959 erfolgten Verkündung durch die Deutsche Olympische Gesellschaft (DOG) wurde er zur anerkannten Richtlinie für die planerischen, sport- und finanzpolitischen Entscheidungen zur Entwicklung der Sportstätteninfrastruktur.

Heute stehen nur noch Landesmittel zur Verfügung.

Zu Frage 1:

Im Rahmen des „Sonderprogramms für kleine Baumaßnahmen der Sportvereine“ wird dem Landessportbund Rheinland-Pfalz (LSB) in 2011 eine Summe von bis zu 2,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Der LSB fördert mit diesem Betrag voraussichtlich bis zu 150 Vereinsprojekte – vorwiegend Sanierungen von vorhandenen Sportanlagen, aber auch Neubauten bis zu einer Investitionssumme in Höhe von 60 000 Euro im Einzelfall.

Weiterhin werden im laufenden Jahr über die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) weitere 16 Vereinsvorhaben gefördert, wobei die Investitionssumme im Einzelfall jeweils über 60 000 Euro liegt.

b. w.

Zu Frage 2:

Die einzelnen Fördersummen liegen zwischen 3 900 Euro und 700 000 Euro. Die Gesamtsumme der Vereinsfördermaßnahmen im Jahr 2011 wird voraussichtlich 4 408 300 Euro betragen.

Zu Frage 3:

Bei der Vergabe der Mittel sind das Sportförderungsgesetz (SportFG), die Landeshaushaltsordnung (LHO), das Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) sowie die hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften zu beachten.

Zu Frage 4:

Grundsätzlich genügt es, wenn die beantragende kommunale Gebietskörperschaft in der Lage ist, den Eigenanteil an den Investitionskosten sowie die Folgekosten der Investition ohne Gefahr für ihre dauernde Leistungsfähigkeit aufzubringen.

Da die Stadt Ludwigshafen diese Voraussetzungen derzeit nicht erfüllt, kann ausnahmsweise dennoch eine Landeszuwendung gewährt werden, wenn das für die Finanzzuweisung zuständige Ministerium (FM) im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium (ISIM) aus dringenden Gründen des Gemeinwohls die Investition für notwendig erklärt hat. Es handelt sich hierbei grundsätzlich um Einzelfallprüfungen gem. § 18 Abs. 2 Nr. 3 LFAG.

Vereinsvorhaben sind von diesen Bestimmungen nur betroffen, wenn neben der Landesförderung auch eine Zuwendung der Stadt Ludwigshafen vorgesehen ist.

Zu Frage 5:

Derartige Fälle sind nicht bekannt.

Zu Frage 6:

Gemäß § 3 Abs. 3 SportFG erstreckt sich die öffentliche Förderung nicht auf Maßnahmen, die überwiegend dem Berufssport dienen.

Roger Lewentz
Staatsminister